

Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 19. April 2016

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.101/0120-IM/a/2016

- In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 8196/J betreffend "Umgehung der EU-Sanktionen durch BM Mitterlehner", welche die Abgeordneten Tanja Windbüchler-Souschill, Kolleginnen und Kollegen am 19. Februar 2016 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Sanktionen sind als Instrumente der EU-Außenpolitik stets Bestandteile eines Pakets. Ein allfälliger Erfolg von Sanktionen ist daher an weitere Faktoren gekoppelt. Dazu zählen insbesondere auch aktives politisches Engagement und Dialogbereitschaft.

Die Ereignisse der letzten Monate haben klar gezeigt, dass der Dialog mit Russland in internationalen Fragen – sei es bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zur Lösung der Ukraine-Krise oder bei der politischen Stabilisierung in Syrien – unverzichtbar ist. Dementsprechend habe ich anlässlich meines Besuchs im Zusammenhang mit der regulären Tagung der Gemischten Kommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Moskau auch die Bedeutung des Minsker Prozess und der Syrien-Frage thematisiert. Gleichzeitig unterstützt Österreich im Rahmen der Europäischen Union die Bemühungen um politische Fortschritte, wie sie im Minsker Prozess als Voraussetzung für eine Beendigung der Sanktionen erforderlich sind.

Antwort zu den Punkten 2 und 3 der Anfrage:

Derzeit sind rund 1.200 Unternehmen in Russland tätig; 550 Unternehmen unterhalten Niederlassungen vor Ort. Laut Wirtschaftskammer Österreich werden etwa 35.000 bis 40.000 Arbeitsplätze unmittelbar durch den Handel mit Russland gesichert.

Die vorläufigen Exportzahlen für das Jahr 2015 zeigen, bei einem Wachstum der Gesamtexporte um 2,7%, einen Rückgang der Ausfuhren nach Russland um 38,1% auf ein Volumen von € 1,98 Mrd. Damit ist Russland im Jahr 2015 auf Rang 16 der wichtigsten Exportdestinationen Österreichs zurückgefallen, nachdem es im Jahr 2014 noch Rang 11 belegt hat.

Bezüglich passiver Direktinvestitionen aus der Russischen Föderation liegen die letztverfügbaren Zahlen der Oesterreichischen Nationalbank für das 1. Halbjahr 2015 bei rund € 130 Mio., und damit deutlich unter dem Wert des Vorjahres.

Auch bei der Ansiedelung russischer Unternehmen in Österreich gab es laut Austrian Business Agency einen Rückgang: 2015 wurden neun russische Unternehmen in Österreich angesiedelt, im Jahr 2014 waren es 13.

Antwort zu den Punkten 4 und 5 der Anfrage:

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass sich das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in die interministerielle Koordination des federführend zuständigen Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres stets umfassend einbringt. Was die restriktiven Maßnahmen der EU gegenüber Russland anbelangt, so wurden diese von den Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedstaaten im Jahr 2014 einstimmig beschlossen und in der Folge auch einstimmig verlängert sowie in gleicher Weise mitgetragen. Zuletzt erfolgte im Dezember 2015 die Verlängerung der Wirtschaftssanktionen bis Ende Juli 2016. Polen und die baltischen Staaten haben eine besonders harte Linie gegenüber der Regierung in Moskau gefordert.

durch Bundespräsident Dr. Fischer und Präsident Medwedew. Zur Umsetzung dieser Modernisierungspartnerschaft dient ein Aktionsprogramm, welches auch eine Liste prioritärer Projekte enthält, die fortlaufend aktualisiert wird. Da es sich bei der Liste um sensible Unternehmensdaten handelt, werden die Angaben von beiden Seiten vertraulich behandelt.

Im Übrigen stellen Handlungen von Unternehmensorganen naturgemäß keinen dem Interpellationsrecht unterliegenden Gegenstand der Vollziehung meines Ressorts dar.

Dr. Reinhold Mitterlehner

